

Pressemitteilung des Kreisverbandes der Piratenpartei Göttingen

13.11.2016

Piratenpartei verurteilt bewaffneten Angriff auf Kreistagsabgeordnete - Schwere Vorwürfe gegen die Polizei

Die Göttinger Piraten zeigen sich schockiert darüber, dass bewaffnete Neonazis nahezu ungehindert und streckenweise offenbar noch von der Polizei eskortiert nach Göttingen gelassen wurden und dort Menschen aus der linken und alternativen Szene bedrohen und angreifen konnten.

Ausgerechnet ein Vertreter der Piratenpartei, welche sich für Toleranz und ein friedliches Miteinander der verschiedenen politischen Meinungen einsetzt, wurde nun an seinem eigenen Haus Opfer eines bewaffneten Angriffs durch Rechtsradikale. Der **Kreistagsabgeordnete Dr. Meinhart Ramaswamy** wurde persönlich von alkoholisierten Rechtsradikalen vor seinem Haus bedroht. Ramaswamy hatte nach den den Piraten vorliegenden Informationen dreimal den Notruf 110 gewählt und angesichts der bedrohlichen Situation vergeblich um Schutz gebeten, der ihm alle drei Male zugesichert wurde, jedoch nie kam.



*»Einschüchterung und Bedrohung darf niemals Teil politischer Auseinandersetzung sein, Solcherlei bedroht den Kernbereich unseres demokratischen Miteinanders«, so **Niels-Arne Münch**, Vorsitzender des Kreisverbandes.*

»Das gilt bereits im Umgang der Bürger miteinander und insbesondere für Mandatsträger.«

Ein starkes Argument: Münch hatte sich in der Vergangenheit mit genau denselben Argumenten gegen eine Einschüchterung von Vertretern der AfD gewandt. Dass nun ein Vertreter der eigenen Partei angegriffen wird, ist schockierend.

Insbesondere hinterfragt die Piratenpartei das **Verhalten der Polizei**. Nach den vorliegenden Informationen waren die alkoholisierten, teils mit Ketten und Messern bewaffneten Rechtsradikalen von Duderstadt aus unter ständiger Begleitung der Polizei nach Göttingen gekommen und konnten sich dort frei bewegen.

Zunächst bedrohten sie Ramaswamy vor seinem Haus, welcher vergeblich die Polizei alarmierte. Erst als dieser versuchte, sie aus seinem Haus heraus zu filmen, zogen die Rechtsradikalen zur Stadthalle weiter und verletzten dort Vertreter der linksalternativen Szene. Zu dieser Eskalation wäre es nicht gekommen, wenn die Beamten die gewaltbereiten Neonazis vor Ramaswamys Haus bereits festgesetzt hätten.

Während die Personalien der von den Nazis verletzten Vertreter des linken Spektrums aufgenommen wurden, unterließen die Beamten dies bei den Rechtsradikalen, welchen trotz ihres angetrunkenen Zustandes zudem noch freier Abzug im Pkw gewährt wurde. Selbst ihre Waffen durften sie behalten. Sie fuhren daraufhin nochmals ungehindert zu Ramaswamys Haus.

Ramaswamy setzt sich in einem breiten Bündnis gegen Rechtsradikalismus ein und sticht dort nicht als besonders radikal oder gar gewaltbereit heraus. Hauptgrund der Einschüchterung des Demokraten dürfte jedoch sein engagierter **Einsatz als gewählter Mandatsträger für Flüchtlinge** sein. Immer wieder mahnt er in den Ausschüssen an, die Situation in den Flüchtlingsheimen bezüglich der Einhaltung von Mindeststandards genau zu beobachten. Am Dienstag 15.11. wird im Sozialausschuss über einen von Ramaswamy

einbegrachten Antrag zu diesem Thema beraten.



» Wenn man bei sich zuhause von bewaffneten Gegnern angegriffen wird und die Polizei nicht kommt - wer schützt uns dann? Im aktuell in den Kinos laufenden Film "Willkommen bei den Hartmanns" wird in einer ähnlichen Situation die Antifa als Polizei-Ersatz gerufen«, so **Francisco Welter-Schultes**, Gruppenvorsitzender der PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe und als Ratsmitglied Nachfolger von Ramaswamy, der vor wenigen Wochen noch Mitglied der Piratenfraktion war.

» Die Göttinger Polizei hat am Samstag den Grund aufgezeigt, warum dieser Schluss naheliegt. Die personell schwache Besetzung der Polizei ist eine Sache. Das Verhalten der Beamten kommt als weiteres Problem hinzu.«

Die Piraten fordern die sofortige Versetzung der beteiligten Polizisten in den Innendienst. Wer bei Gewalttaten wegschaut und die Täter sogar noch mit ihren Waffen weiterziehen lässt, kann nicht für die Sicherheit auf der Straße zuständig sein. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, muss gegen die beteiligten Beamten mindestens wegen Strafvereitelung im Amt vorgegangen werden.

Polizeipräsident Lührig hat offenbar vollkommen die Kontrolle über die ihm unterstellten Polizisten verloren.

Piratenpartei Deutschland Kreisverband Göttingen

- Der Vorstand -

i. A. Dr. Francisco Welter-Schultes, Daniel Isberner

vorstand@piratenpartei-goettingen.de - www.piratenpartei-goettingen.de

